

A2NEU Leitantrag: Queerfeministische Außenpolitik - die Verteidigung von Menschenrechten, Gerechtigkeit und Klimaschutz.

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein fordert eine Außenpolitik, die sich aktiv
2 für die Verteidigung von Menschenrechten, die Förderung von Frieden und
3 Gerechtigkeit weltweit und den Schutz des Klimas einsetzt. Dabei ist es
4 unerlässlich, dass eine queerfeministische Perspektive in die Außenpolitik
5 einbezogen wird.
- 6 Eine queerfeministische Außenpolitik berücksichtigt, dass patriarchale
7 Strukturen und Machtverhältnisse sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten eine
8 entscheidende Rolle in Konflikten, Ungerechtigkeiten und dem Fortschreiten der
9 Klimakatastrophe spielen. Eine Außenpolitik, die diese Zusammenhänge ignoriert,
10 ist unzureichend und ungenügend.
- 11 Wir fordern, dass Deutschland sich auf internationaler Ebene für die
12 Durchsetzung von Menschenrechten einsetzt, insbesondere für die Rechte von
13 Frauen, LGBTQIA+ Personen und anderen marginalisierten Gruppen, wie zuletzt den
14 migrantisierten Arbeiter*innen in Katar. Deutschland soll hierbei insbesondere
15 durch diplomatische Mittel und gezielte Entwicklungszusammenarbeit agieren.
16 Militärische Mittel wie Waffenlieferungen sollten nur als ultima ratio in
17 Betracht gezogen werden, sind jedoch angesichts des völkerrechtswidrigen
18 Angriffs Russlands auf die Ukraine neu zu bewerten und nicht mehr kategorisch
19 auszuschließen.
- 20 Weiterhin fordern wir, dass Deutschland sich in der Europäischen Union und in
21 anderen internationalen Organisationen für eine solidarische und gerechte
22 Migrationspolitik einsetzt, die die Menschenrechte verteidigt und das Asylrecht
23 wahrt.
- 24 Letztlich ist eine queerfeministische Außenpolitik unerlässlich, um Konflikte,
25 Ungerechtigkeiten und den Klimawandel zu verstehen und zu bekämpfen. Die
26 Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Schleswig-Holstein fordert deshalb
27 die Bundesregierung auf, sich aktiv für eine queerfeministische Außenpolitik
28 einzusetzen, die sowohl den Schutz von Menschenrechten als auch den Klimaschutz
29 in den Fokus stellt.